



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 10. Januar 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- An der türkisch-bulgarischen Grenze wurden am Freitag zwei erfrorene Menschen gefunden, der 28- und der 35-jährige waren auf der Flucht aus dem Irak. Am vorvergangenen Montag wurde bereits eine somalische Frau tot in der gleichen Gegend aufgefunden.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zwei-iraker-in-bulgarien-nahe-tuerkischer-grenze-erfroren-a-1128997.html> (07.01.17)
- Die türkische Regierung kann nun Menschen, die sie verdächtigt, schwere Straftaten begangen zu haben und die sich im Ausland aufhalten, die Staatsbürgerschaft entziehen. Dies erfolgt, wenn sich die Betroffenen nicht innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung in der Türkei einfinden. Außerdem wurden 8.400 weitere Staatsbedienstete entlassen, ihre Namen werden veröffentlicht. Der Ausnahmezustand, mittels dessen Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan diese Gesetze per Dekret erlassen kann, wurde auch wegen der anhaltenden Terroranschläge vom Parlament bis zum 19. April verlängert.  
<http://www.taz.de/Nach-dem-Putschversuch-in-der-Tuerkei/!5372378/> (07.01.17)
- Seit Beginn des Abkommens der EU mit der Türkei wurden 801 Menschen aus Griechenland in die Türkei abgeschoben, die EU nahm 2.672 Menschen syrischer Staatsbürgerschaft aus der Türkei auf.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlingsabkommen-115.html> (08.01.16)
- Die rot-grüne Regierung Schwedens hat im letzten Jahr die Grenzen geschlossen und das Asylrecht von einem der liberalsten zu einem der restriktivsten in Europa umgestaltet. Diese Rechtspopularisierung, wie es der *Deutschlandfunk*, hier nennt, hat beiden Parteien aber nichts gebracht, die nationalistischen Schwedendemokratien sind heute mit 21% zweitstärkste Kraft in den Umfragen.  
[http://www.deutschlandfunk.de/kehrwende-im-asylrecht-ein-schock-fuer-viele-schweden.795.de.html?dram:article\\_id=375469](http://www.deutschlandfunk.de/kehrwende-im-asylrecht-ein-schock-fuer-viele-schweden.795.de.html?dram:article_id=375469) (04.01.17)
- Nach landesweiten Protesten gegen die geplante Reform der Parlamentsberichterstattung gibt die polnische, rechtskonservative Regierung ihre entsprechenden Pläne auf. Mit der Reform wäre nur noch fünf Fernsehsendern der Zutritt zum Sejm, dem polnischen Parlament, gestattet gewesen, auch die Zahl der zugelassenen Journalist\*innen wäre

reduziert worden.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/polen-pis-medienvertreter-verbot-parlament-rueckzug>  
(09.01.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Nachdem im letzten Pressespiegel bereits die zahlreichen Forderungen vor allem von Seiten der Union wiedergegeben wurden, wird diesmal auf deren nochmalige Wiedergabe verzichtet. Nur um zu zeigen, wie diejenigen hyperventilieren, die sonst viel Wert auf starken Staat legen: für heute sollte das bayerische Kabinett das Papier mit dem klassisch-konservativen Titel „Freiheit und Sicherheit durch Recht und Ordnung“ beraten. Ministerpräsident Horst Seehofer musste aber die längst bekannten, teils ja schon von vielen Seiten als unsinnig kommentierten Forderungen nochmals aufwärmen, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass die Leute einfach zu genervt von ihm sind um ihm nochmal zu sagen, dass eine Obergrenze nicht mehr Sicherheit schafft. Das Papier was er am Samstag veröffentlichte, trägt den nationalistisch-konservativen Titel „Damit Deutschland Deutschland bleibt“. Eine Neuerung findet sich aber darin: Familiennachzug solle strikt an einen selbstverdienten, gesicherten Lebensunterhalt gekoppelt werden. Der Sicherheit dürfte das nicht dienen, wohl aber dem Ziel, Deutschland bleiben zu lassen. Auch darüber dürfen die bayerischen CSU-Minister\*innen heute befinden. Bundesjustizminister Heiko Maas und Bundesinnenminister Thomas de Maizière treffen sich heute ebenso, um über eine offizielle Regierungslinie zu beraten.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlings-und-asylpolitik-seehofer-will-ein-einwanderungsbegrenzungs-gesetz/19222922.html> (08.01.17)  
Und wenn sich Horst Seehofer wiederholt, dann sei eben auch Heribert Prantl wiederholt: „Die bisherigen Gesetze reichen aus, um Terrorist\*innen wie Anis Amri zu fassen, die Behörden müssten die rechtlichen Spielräume nur nutzen, denn: das Recht sei bereits scharf. Das sei hier nicht geschehen, so Heribert Prantl von der SZ.“ (aus dem Pressespiegel 20170103)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-auf-berliner-weihnachtsmarkt-die-behoerden-haetten-amri-packen-koennen-1.3306358> (22.12.17)
- Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, hält Abschiebungen nach Afghanistan für zynisch, Abschiebungen nach Algerien, Marokko und Tunesien findet sie aber in Ordnung. Mit Letzterem ist sie auf SPD-Parteilinie, ihr Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesjustizminister Heiko Maas drohen den Staaten, im Zweifelsfall die Mittel für Entwicklungshilfe zu kürzen. Kritik an diesen Forderungen kommt von der CSU, namentlich vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller. Seiner Ansicht nach sollte die Region stabilisiert werden, die Vorschläge der SPD seien da kontraproduktiv.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/aydan-oezoguz-abschiebungen-afghanistan-maghreb-winfried-kretschmann> (04.01.17)
- Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann befürwortet nun die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „Sichere Herkunftsstaaten“.  
<http://www.dw.com/de/kretschmann-will-maghreb-staaten-zu-sicheren-herkunftsstaaten-erklaeren/a-36996176> (04.01.17)
- Die Bundesregierung plant Ausnahmen vom Mindestlohn bei Geflüchteten, die eine Nachqualifikation durchführen, damit ihr ausländischer Berufsabschluss anerkannt wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund warnt vor weiterer Ausnutzung Geflüchteter durch Unternehmen, bereits jetzt beobachtet die Gewerkschaft derlei Tendenzen.  
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/migranten-bundesregierung-plant-ausnahmen-fuer-fluechtlinge-beim-mindestlohn-1.3317242> (02.01.16)
- Als erstes Bundesland ebnet Brandenburg einem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt den

Weg. Betroffene von rassistischen, rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Straftaten erhalten zunächst mindestens eine Duldung aus humanitären Gründen. Außerdem will die brandenburgische Landesregierung den Täter\*innen zeigen, dass sie das Gegenteil dessen erreicht haben, was sie beabsichtigten. Eine Aufenthaltserlaubnis wird auf dem Ermessensweg in Aussicht gestellt. Am Montag folgte dann Berlin mit einer ähnlichen Regelung.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/asy|politik-brandenburg-fluechtlinge-rechte-gewalt-abschiebung> (03.01.17)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/abgelehnte-asy|bewerber-berlin-will-opfer-rechter-gewalt-nicht-abschieben-a-1129136.html> (09.01.17)

- Am Samstag erinnerten laut Veranstalter\*innenangaben 3.500, laut Polizeiangaben 1.100 Protestierende an den Mord von Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle. An der von Polizei und Justiz aufgestellten These der Selbstverbrennung gibt es erhebliche Zweifel, die von mehreren, von der Gedenk-Initiative Oury Jalloh in Auftrag gegebenen Gutachten untermauert werden. Von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Gutachten werden von wissenschaftlicher Seite ebenso infrage gestellt.  
<https://taz.de/Tod-des-Asylbewerbers-Oury-Jalloh/!5372458/> (08.01.17)
- Staatsanwaltschaften, bei deren Anklagen sich Richter zu Aussagen wie "Mich betrübt es, dass das Verfahren so lange gedauert hat." oder "Die gute [Beweisführungs-] Arbeit der Verteidigung wäre eigentlich Arbeit der Polizei" hinreißen lassen müssen - sächsische Verhältnisse. Antonie Rietzschel hier zur Freisprechung von Tim. H. und weiteren Fällen, in denen sich zeigt, auf welchem Auge die sächsische Justiz blind ist. Tim H. Wurde beschuldigt, bei den Gegendemonstrationen zu den Naziaufmärschen am 13. Februar in Dresden im Jahr 2011 zu Gewalt aufgerufen zu haben. Dieser Vorwurf konnte nie bestätigt werden, trotz dünner Beweislage versteifte sich die Staatsanwaltschaft Dresden auf H. und überzog ihn mit einem jahrelangen, existenzbedrohenden Rechtsstreit.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/dresden-saechsische-justiz-beendet-jahrelange-posse-um-nazigegner-1.3322174> (06.01.17)

## Hintergrund und Meinung

- Es ist nicht mehr nur noch die Person Erdogans oder die Regierungspartei AKP, die in der Türkei nicht mehr kritisiert werden dürfen, schreibt Zia Weise in der *Zeit*. Kritik war so mittels Selbstzensur immer noch möglich, doch selbst das reicht nicht mehr aus. Auch Fragen in Bezug auf die Entwicklung die das Land zurücklegt und zurückzulegen droht, können nun zu Verhaftungen und weiteren Repression führen. Staatliche Institutionen befeuern und unterstützen den Mob noch, der Jagd auf Kritiker\*innen und/ oder Säkulare macht. Vor dem Hintergrund zahlreicher Terroranschläge in den vergangenen Monaten in der Türkei wird jegliche Kritik an der Regierung als Verrat gebrandmarkt.  
<http://www.zeit.de/ausland/2017-01/tuerkei-meinungsfreiheit-selbstzensur-recep-tayyip-erdogan-anschlag-istanbul> (04.01.17)
- Unter der Rubrik „Neue Rechte“ hat das gemeinnützige Recherchezentrum *correctiv* die Medien der nationalistischen Bewegung analysiert. Unter die Lupe genommen werden jeweils: die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die Magazine „Compact“ und „Sezession“, das Portal „KenFM“, der Blog „Politically Incorrect“ und der „Kopp-Verlag“.  
<https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/>
- Was Racial Profiling ist hat Sandhya Kambhampati 23 mal durch die Berliner Polizei erfahren – in neun Monaten wurde sie genau so oft von den Beamt\*innen kontrolliert. Wie sich das anfühlt und warum auch die deutsche Gesellschaft sich der Debatte um Racial Profiling stellen sollte, schreibt die Journalistin bei *correctiv*.  
<https://correctiv.org/recherchen/flucht/artikel/2017/01/03/racial-profiling-neun-monaten-hat-mich->

[die-berliner-polizei-23-mal-kontrolliert/](#) (03.01.17)

- Die Politikwissenschaftler Oliver Decker (Mitherausgeber der *Mitte-Studien*) und Gert Pickel von der Universität Leipzig haben einen Sammelband namens „Extremismus in Sachsen – Eine kritische Bestandsaufnahme“ herausgegeben, der sich einerseits mit Sachsens spezifischer Problematik mit Radikalismus beschäftigt, andererseits aber auch keine Pauschalurteile zulässt sondern zu genauer Ortskenntnis als wirkungsvolles Mittel bei der Bekämpfung gegen Radikalismus rät. Die Wissenschaftler sehen in Sachsen eine im Vergleich zu den anderen Bundesländern überaus ausgeprägte Islamfeindschaft als gegeben an. Für die Erklärung dessen nutzen sie den Begriff des „Ethnozentrismus“ - der paradoxe Mix eines identitären Überlegenheitsgefühls gekoppelt an Minderwertigkeits- und Neidkomplexe.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/rechtsextremismus-saechsische-nuancen-14592355.html> (02.01.16)
- Dresden ist im Dezember kein einziger neuer Geflüchteter zugeteilt worden, siehe den Artikel der *Dresdner Neuesten Nachrichten*. Nur, die Menschen sind immer noch auf den Fluchtrouten, kommen nur nicht mehr weiter. Sie harren unter anderem in Belgrad in Serbien aus. Im größten illegalen Geflüchtetenlager Europas leben 1.700 Menschen. Von den Bedingungen gibt diese Bilderserie des *MDR* einen Eindruck.  
<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Gar-keine-neuen-Fluechtlinge-fuer-Dresden-im-Dezember> (04.01.17)  
[http://www.mdr.de/heute-im-osten/belgrad-fluechtlingslager-100\\_showImage-belgrad-fluechtlinge-124\\_zc-290a1902.html](http://www.mdr.de/heute-im-osten/belgrad-fluechtlingslager-100_showImage-belgrad-fluechtlinge-124_zc-290a1902.html) (05.01.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**